

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung

Sitzung: **Mittwoch, 24.04.2024, 16:00 Uhr**

Raum, Ort: **Feuerwehr Hauptwache, Feuerwehrstraße 11-12, 38114 Braunschweig**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 31.01.2024 | |
| 3. | Mitteilungen | |
| 3.1. | Bevölkerungsschutz - Aktueller Stand und Priorisierung | 24-23599 |
| 4. | 10. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) | 24-23329 |
| 5. | Neufassung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig | 23-22676 |
| 6. | Anfragen | |
| 6.1. | Zukunft der Berufsfeuerwehr | 24-23249 |
| 6.2. | Aktueller Sachstand Bevölkerungsschutz | 24-23559 |
| 6.3. | Wie sicher ist die Löschwasserversorgung in Braunschweig? | 24-23072 |
| 7. | Präsentation besonderer Einsätze | |

Braunschweig, den 18. April 2024

<i>Betreff:</i> Bevölkerungsschutz - Aktueller Stand und Priorisierung
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 37 Fachbereich Feuerwehr	<i>Datum:</i> 18.04.2024
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung (zur Kenntnis)	24.04.2024	Ö

Sachverhalt:

1. Ausgangslage:

Nach dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Krieges wurden deutschlandweit Strukturen und Einrichtungen des Zivilschutzes (personell, infrastrukturell, sächlich) stark zurückgefahren.

Inzwischen ist die allgemeine Erkenntnis erwachsen, dass durch die massiv veränderte Risikolage zusätzliche Vorsorge in unterschiedlichsten Bereichen getroffen werden muss. Auch der Klimawandel hat zu einem Umdenken bei der Ausstattung und Leistungsfähigkeit von Zivil- und Katastrophenschutz geführt, wie unter anderem die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal 2021 und auch das Weihnachtshochwasser 2023 in Niedersachsen gezeigt hat.

Auf allen föderalen Ebenen ist diese Thematik erkannt worden und in Folge dessen finden derzeit eine Vielzahl von Arbeiten an einer Neuaufstellung des Bevölkerungsschutzes statt.

Die Stadt Braunschweig hat auf diese Entwicklung bereits mit Maßnahmen in personeller und finanzieller Hinsicht reagiert und damit eine Trendwende im Hinblick auf die Einstellung zum Thema Bevölkerungs- und Zivilschutz eingeleitet. Es erfolgten hierzu die Berichterstattungen an die politischen Gremien mit Drs.-Nr. 21-17073, 22-17912-03, 22-18045-02 und 23-20752. Konkretisiert wurden diese Planungen mit einer Ausgestaltung konkreter Maßnahmen für den Bevölkerungsschutz, welche zunächst bis zum Jahr 2025 vorgeplant wurden (Drs.-Nr. 22-18576).

Die Verwaltung hatte angekündigt die Ratsgremien regelmäßig über die aktuellen Sachstände zu informieren. Dies soll im Anschluss an die letzte zusammenfassende Darstellung (Drs.-Nr. 23-20752) erneut mit dieser Mitteilung erfolgen.

2. Aktuelle und geplante Ressourcenausstattung der Stelle 37.23 „Bevölkerungsschutz“

Der personelle Umfang der Stelle 37.23 umfasst mit dem Haushaltsplan 2024 12,0 VZ-Stellen. Zurzeit sind noch zwei VZ-Stellen unbesetzt. Zum 01.05.2024 wird die Stelle Kerntechnische Notfallplanung nach rund 18-monatiger Vakanz wiederbesetzt sein. Die Ausschreibung der letzten offenen Stelle wird nach dem Wechsel des bisherigen Stelleninhabers auf eine höherwertige Planstelle und einem gescheiterten Stellenbesetzungsverfahren zur Wiederbesetzung vorbereitet.

3. Konkrete Maßnahmenplanung des Bevölkerungsschutzes:

Der Fachbereich 37 hat zur Ermittlung von Gefahrenlagen für den Bevölkerungsschutz noch im Jahr 2019 einen Katalog mit potentiellen Risiken für das Stadtgebiet und seine Bevölkerung erstellt¹. Da nicht alle in der Drs. 22-18576 genannten Risiken parallel vorbereitet werden können, wurden Themenfelder/Risiken zur Bearbeitung priorisiert.

Dies sind im Einzelnen:

- Ausfall KRITIS
- Flächendeckender Stromausfall oder Energiemangellage
- Hochwasser HQ-Extrem
- Flächendeckende Unwetterlagen
- Hitze- und Trockenheitsphase
- Terror-Anschläge / Sabotage
- Pandemie/Epidemie/ Tierseuche
- ungesteuerte Bevölkerungsbewegungen
- Versorgungsmangellage

Diese Themen/Risiken wurden zum einen so gewählt, dass die größten Risiken zuerst bearbeitet werden und zum anderen, dass mit den daraus folgenden Konzepten mehrere potentielle Risiken parallel abgedeckt werden können.

Die in der Drs. 22-18576 beschriebenen Themen wurden auch im Kontext der Erstellung eines „Katastrophenschutzkonzeptes“ gewählt, welches von den Ratsgremien durch VA-Beschluss vom 7. Juli 2020 erbetenen wurden. Im weiteren Verlauf wird dies stetig präzisiert und weiterentwickelt werden. Die Erstellung und Fortschreibung des Katastrophenschutzkonzeptes ist ein iterativer Prozess, mit dem die strategische Ausrichtung des Katastrophenschutzes und die Festlegung des örtlichen Sicherheitsniveaus in Bezug auf die Leistungen des Katastrophenschutzes erfolgen. Nach gegenwärtigem Stand sind die fertigen Konzepte und Sonderpläne für die zuvor genannten Risiken und die nachfolgend aufgeführten Themenfelder zusammengekommen ein „Katastrophenschutzkonzept“. Da sich die Vielfalt und das Risiko von einzelnen Gefahren über die Jahre verändern kann, ist die Fortschreibung jedoch ein dauerhaftes Thema für die Stadtverwaltung.

3.1 Erstellung eines Warnkonzeptes für die Bevölkerung inkl. der Installation eines stadtweiten Sirenenwarnsystems

Die Erstellung eines Warnkonzeptes für die Stadt Braunschweig wurde durch die Verwaltung in der Zwischenzeit abgeschlossen und mit der Beschlussvorlage 22-18548 durch den Rat der Stadt genehmigt. Die Umsetzung des Konzepts ist seitens der Verwaltung angelaufen.

Für den Wiederaufbau eines Sirenenwarnsystems konnte die Planungsleistung vergeben werden. Der Auftragnehmer erstellt mit der Verwaltung aktuell das finale Standortkonzept. Dabei ist es u.a. erforderlich, dass die theoretisch ermittelten rund 100 Standorte vor Ort auf Tauglichkeit geprüft und ggf. in der Folge das Standortkonzept angepasst wird.

Der geplante Projektverlauf sieht folgende Meilensteine vor:

- April 2024 - Überarbeitung der Sirenenstandorte (Übersichtskarte)
- Juni 2024 – Erstellung eines Leistungsverzeichnisses
- 1. Quartal 2026 – Erfüllung der Gesamtleistung

Das System Cell Broadcast ist durch den Bund ab dem 23. Februar 2023 in den Wirkbetrieb überführt wurden. Hierdurch ist ein weiterer Kanal aus dem Warnmittelmix aktiv gegangen und keine weiteren Maßnahmen der Verwaltung erforderlich.

¹ „Gefahrenkatalog für das Stadtgebiet Braunschweig“, Mitteilung 19-12371.

Die ersten Schritte zur Gestaltung und Einführung der sogenannten „Dark Sites“ konnten im Februar 2023 begonnen werden. Als „Dark Site“ bezeichnet man einen Bereich innerhalb der Website, der erst dann für die Öffentlichkeit sichtbar wird, wenn eine Katastrophe eingetreten ist. Dark Sites werden erstellt um im Ernstfall schnell reagieren zu können.

Durch die besonderen Anforderungen einer „Dark Site“ ergeben sich weitreichende Abstimmungsprozesse innerhalb der Verwaltung. Im Laufe dieses Jahres werden die ersten „Dark Sites“ implementiert. Das Vorhaben befindet sich im Zeitplan

Das amtliche Vorverfahren zur Erlaubniserteilung für die geplante Anmietung der satellitengestützten MoWaS-Vollstation konnte im Jahr 2023 unter der Beteiligung des Niedersächsischen Innenministeriums und des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) abgeschlossen werden. Die satellitengestützte MoWaS-Vollstation wurde errichtet und befindet sich zurzeit im Probetrieb. Zu Ende Juni 2024 wird die Vollstation nach Abschluss aller notwendiger Schulungen schließlich in den Wirkbetrieb gehen können.

3.2 Erstellung eines Sonderplanes „Stromausfall“ inkl. der Umsetzung darin enthaltener zentraler Punkte zur Erstversorgung der Bevölkerung

Die Beschaffung der Ausrüstung für die 20 mobilen Bevölkerungsschutz-Leuchttürme wurde in 2023 abgeschlossen.

Die notwendige Ausrüstung für die Mittleren Bevölkerungs-Leuchttürme ist vollständig beauftragt worden. Hier erwartet die Verwaltung die Zulieferung der entsprechenden Materialien. Die baulichen Maßnahmen für die Notstrom- und Wärmeeinspeisung sind ebenfalls für alle Standorte abgeschlossen.

Die technische und organisatorische Ausplanung des Großen Bevölkerungsschutz-Leuchtturmes läuft in Zusammenarbeit mit den zu beteiligenden Stellen und den Hilfsorganisationen an. Das Projekt liegt grundsätzlich im Zeitplan, einzig die Lieferung der Notstromaggregate für die Mittleren Leuchttürme bleibt dahinter zurück.

Zusätzlich wird die krisensichere Alarmierung im Bereich des Bevölkerungsschutzes durch Beschaffung von digitalen Funkmeldeempfängern für die Hilfsorganisationen ausgebaut.

Das Konzept zur Versorgung mit Kraftstoffen für Kritische Infrastrukturen ist in der Bearbeitung.

In Abstimmung befindet sich zudem die Anforderungen des Bevölkerungsschutzes für Neubauten (z.B. Schulen und Sporthallen), um diese in Notlagen und Katastrophen zur Unterbringung nutzen zu können. Hierbei ist insbesondere Möglichkeit zur Einspeisung von Notstrom vorzusehen.

3.3 Erstellung eines Sonderplanes „Trinkwassernotversorgung“

Die Konzeption Zivile Verteidigung des Bundes sieht im Rahmen der staatlichen Notfallvorsorge eine Minimalversorgung der gesamten Bevölkerung im Verteidigungs- und Krisenfall mit Trinkwasser für mindestens 14 Tage vor. Die im Stadtgebiet vorhandenen Trinkwassernotbrunnen wurden ab den 1990er Jahren nur noch vereinzelt Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten unterzogen. Die Verwaltung hat die Arbeiten zur Wiederherstellung der vollen Brunnenkapazität durch eine Projektgruppe in Zusammenarbeit mit FB 65 gestartet. Aktuell sind sechs Notbrunnen uneingeschränkt einsatzbereit.

Im Rahmen einer umfassenden Bachelorarbeit zur zukünftigen Ausrichtung der Trinkwassernotversorgung für das Stadtgebiet konnten die Planungen für das neue Konzept zur Trinkwassernotversorgung und den Sonderplan gut vorangebracht werden. Ziel ist es, unter Nutzung der einsatzbereiten Brunnen, eine Trinkwassernotversorgung mit einer mobilen Versorgungsstrategie (Wassertransportbehälter) aufzubauen. Erste Beschaffungen zur Umsetzung der Planungen, wurden bereits an Auftragnehmer vergeben.

3.4 Aktualisierung des Katastrophenschutzplanes der Stadt Braunschweig

Seit Oktober 2023 wird der Katastrophenschutz-Plan vollständig neu überarbeitet und zukünftig ohne den externen Dienstleister fortgeführt. Mit Wirkung vom 01.01.2024 wurde der Kennziffernplan des Katastrophenschutzplans durch das Land neu geordnet (RdErl. d. MI v. 21. 12. 2011 — B 21-14602/00). Im ersten Quartal 2024 musste die Sachbearbeiterin zur Bearbeitung der Hochwasser-Soforthilfen des Landes herangezogen werden, wodurch die Bearbeitung zum Erliegen kam. Auch zuvor wurde die zuständige Sachbearbeiterin zur Umsetzung der Maßnahmen unter 3.1. eingesetzt, was zu deutlichen Verzögerung in der Bearbeitung des Plans führte. Gegenwärtig werden die Arbeiten am KatS-Plan wiederaufgenommen. In den Plan werden auch die Möglichkeiten zur Tierkörperbeseitigung aufgenommen werden.

3.5 Unterstützung der gesamtstädtischen Verwaltung bei der Erstellung von weiteren Sonderplänen

Die Verwaltung hat zwei Projektgruppen zur Etablierung einer neuen Krisenmanagementstruktur sowie zur Planung und Umsetzung der Vorgaben aus der Zivilen Alarmplanung eingerichtet.

3.6 Mithilfe bei der Erstellung eines Risikokommunikationskonzeptes mit der Braunschweiger Bevölkerung (Bezug auf Konzern Stadt Braunschweig nehmen)

Als ersten wichtigen Baustein der Risikokommunikation konnten durch die Verwaltung umfangreiche Informationen zur Vorsorge für Notfälle und Katastrophen online erstellt werden. Siehe dazu:

<https://www.braunschweig.de/leben/gesundheit/feuerwehr/berufsfeuerwehr/planende-gefahrenabwehr/bevoelkerungsschutz/sorgen-sie-vor....php>

Ein weiterer Baustein der Risikokommunikation ist die Bereitstellung von Informationen zum richtigen Handeln bei verschiedenen Notfällen und Situationen, welche ebenfalls online auf den Seiten der Feuerwehr Braunschweig bereitgestellt werden. Siehe dazu:

<https://www.braunschweig.de/leben/gesundheit/feuerwehr/berufsfeuerwehr/planende-gefahrenabwehr/bevoelkerungsschutz/richtiges-handeln.php>

Das Angebot wird kontinuierlich ausgebaut. Insbesondere soll zur Installation des neuen Sirensystems begleitend auch die Risikokommunikation erfolgen. Hierbei soll es aufbereitete Informationen zur Bedeutung der Sirenen und deren Signale für die Bevölkerung geben. Erste Arbeiten dazu wurden begonnen.

Weiterhin fand eine Besprechung mit dem Behindertenbeirat Braunschweig e.V. statt. Hierbei wurden gegenseitige Unterstützungsfelder in der Zusammenarbeit identifiziert. Neben dem Wunsch nach Bereitstellung von Informationen, besonders zum Thema Vorsorge, wurde auch thematisiert, welche Fähigkeiten zur Betreuung, Evakuierung und Rettung von mobilitätseingeschränkten und hilfsbedürftigen Personen aufgebaut und vorgehalten werden sollten. Hier ist beispielsweise die Vorhaltung von PSNV-geschulten Kräften an den Leuchttürmen und von speziellen Hochwasserschutzbooten für die Evakuierung und Rettung von mobilitätseingeschränkten Personen aus überfluteten Bereichen zu nennen.

3.7 Kerntechnische Notfallplanung

Nach rund 18-monatiger Vakanz wird die Stelle zum 01.05.2024 wiederbesetzt. Andere Mitarbeiter wurden vorrangig in der Bearbeitung des Sonderplans Stromausfall eingesetzt. Das Land hat durch Erlass neue Vorgaben zur Evakuierungs- und Aufnahmeplanung gemacht.

Aktuelle Arbeitserfordernisse gem. Erlasslage sind zurzeit:

- a) Katastrophenschutz; Hinweise und Regelungen zur Planung von Evakuierungen Betroffener (Evakuierungsplanungserlass) vom 01.01.2024
 - Für die städtischen Teilbezirke innerhalb des 10 km-Radius um Schacht Konrad und für die städtischen Teilbezirke um Betriebe mit gefährlichen Stoffen einen Sonderplan Evakuierung für das Szenario eines kerntechnischen Notfalls zu erstellen. Weiterhin sollen Evakuierungsplanungen aufgestellt werden, soweit sich Notwendigkeiten aus der örtlichen Gefahrenbewertung ergeben (z.B. Hochwasser).
 - Fertigstellung der Planungen bis 01.07.2025
- b) Katastrophenschutz; Hinweise und Regelungen zur Planung von Einrichtung und Betrieb von Notunterkünften sowie zur Betreuung, Unterbringung und Versorgung Betroffener (Aufnahmeplanungserlass) vom 01.01.2024
 - Für mindestens 1 % der Wohnbevölkerung sind ortsfeste Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Betroffene einer Evakuierung zu planen. D.h. für Braunschweig sind entsprechende Planungen für 2.490 Personen vorzusehen
 - Vorlaufzeit 6 h erste Aufnahmen/12 Stunden: Vollbelegung
 - Die Betriebsdauer der Notunterkünfte sind dabei auf mind. 72 Stunden bei Vollbelegung auszulegen.
 - Ab einer Planungsgröße von 1.000 Personen für 200 Personen die Betreuung, Unterbringung und Versorgung in einer separaten Notunterkunft zu planen, die den besonderen Anforderungen von Personen mit Pflegebedarf oder Behinderungen entspricht. In Braunschweig müssen somit zudem Plätze für 498 Personen in einer separaten Unterkunft geplant werden
 - Fertigstellung der Planungen bis 01.10.2025

3.8 Hochwasseralarmplanung

Der Hochwasseralarmplan wird durch die Verwaltung aufgrund der Erkenntnisse des Weihnachtshochwassers 2023, siehe Drs.-Nr. 24-22993, fortgeschrieben.

3.9 Etablierung und Stärkung der in Braunschweig ansässigen Hilfsorganisationen zur Unterstützung im Krisenfall

Zur nachhaltigen Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch die Braunschweiger Hilfsorganisationen wurde zu diesem Zweck ein Vertragswerk aufgesetzt, wodurch nun jährlich in Summe 100.000€ zur finanziellen Unterstützung ausgezahlt werden können (vgl. Drs. 22-20228). Der Betrag wurde zudem dynamisiert.

Wie in der Sicherstellungsvereinbarung durch die Stadt Braunschweig zugesichert, erfolgt im Jahr 2024 die Beschaffung von rund 100 digitalen Funkmeldeempfängern für die Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz.

3.10 Zivilschutz

Die Arbeiten zur Umsetzung der in der Zivilen Alarmplanung beschriebenen Planungen und Maßnahmen wurden begonnen. Zur besseren Koordinierung dieser Planungen und Maßnahmen, welche Auswirkungen auf die gesamte städtische Verwaltung haben werden, wurde eine fachbereichsübergreifende Projektgruppe durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Kornblum eingesetzt.

In einer weiteren Projektgruppe zur Neuorganisation des städtischen Krisenmanagements, werden auch Planungen zur Führungsorganisation der Stadtverwaltung im Zivilschutzfall angestrengt.

Öffentliche Schutzräume unterliegen der Vorhabenplanung und der Zuständigkeit des Bun-

des. Für den Schutzraumbau gibt es seitens des Bundes keine neuen Erkenntnisse, wodurch nach wie vor keine weiteren Schutzbauten entwidmet werden.

3.11 Vorbereitungen für Auswirkungen des Klimawandels

In direkter Folge des Klimawandels wurden länger andauernde Hitzewellen sowie Starkregen- und Hochwasserereignisse als zu priorisierende Hauptgefahren identifiziert.

Einsatzerfahrungen eigener Kräfte im Rahmen des Weihnachtshochwasser 2023 sowie Studienergebnisse aus dem Ahrtal-Hochwasser werden berücksichtigt, um zum einen den Hochwasser-Alarmplan fortzuschreiben und zum anderen zukünftige Fähigkeitsforderungen für den Bevölkerungsschutz abzuleiten. Als Folge dieser Erkenntnisse und Erfahrungen, wurde eine verwaltungsinterdisziplinäre AG Starkregen/Hochwasser ins Leben gerufen, die sich mit der Bewältigung von Starkregenereignissen und Hochwasserlagen auseinandersetzt.

4. Ausblick

Die Verwaltung wird weiterhin mit Hochdruck an der Stärkung des Bevölkerungsschutzes arbeiten. In regelmäßigen Abständen werden die Ratsgremien auch zukünftig über die aktuellen Sachstände informiert.

Geiger

Anlage/n:
keine

Betreff:
10. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung)

Organisationseinheit:
Dezernat VII
37 Fachbereich Feuerwehr

Datum:
09.04.2024

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung (Vorberatung)	24.04.2024	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.05.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.05.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.05.2024	Ö

Beschluss:

1. Dem Abschluss der als Anlage 1 beigefügten Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes wird zugestimmt.
2. Die als Anlage 2 beigefügte 10. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) wird beschlossen.

Sachverhalt:

Mit der beigefügten Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst (Anlage 1) und der Rettungsdiensttarifordnung (Anlage 2) ist eine Anpassung der Tarife für Leistungen des Rettungsdienstes verbunden.

Zusammen mit den Kostenträgern wurde über die betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten für das Jahr 2024 beraten und über diese einvernehmlich abgestimmt. Die Gesamtkosten für das Jahr 2024 konnten auf 22.169.000 Euro festgelegt werden.

Diese Summe stellt die voraussichtlichen betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten gemäß § 14 NRettdG für den Träger und alle Leistungserbringer (Berufsfeuerwehr, ASB, DRK, JUH und MHD) des Rettungsdienstes Braunschweig für das Jahr 2024 dar.

Die abgestimmten Gesamtkosten werden auf die verschiedenen Leistungsarten aufgeteilt (Einsätze von Notarzteinsetzungsfahrzeugen, Rettungstransportwagen und Krankentransportwagen). Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Einsatzzahlen ergeben sich Entgelte für die einzelnen Einsätze, die dann in die Vereinbarung überführt werden, um künftig die betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten zu decken.

Der Vereinbarungstext und die Höhe der Entgelte wurden im Vorfeld von den Kostenträgern geprüft und mit diesen abgestimmt.

Die Vereinbarung gilt nur für die bei den unterzeichnenden Kostenträgern gesetzlich versicherten Personen. Anderweitig versicherte Personen werden von den Regelungen nicht er-

fasst. Aus diesem Grund ist es erforderlich, die Entgelte in der Rettungsdiensttarifordnung gemäß den Entgelten der Vereinbarung anzupassen.

Beide Dokumente sind Fortschreibungen der bestehenden Regelungen der Vereinbarung sowie der Rettungsdiensttarifordnung. Inhaltliche Veränderungen wurden mit Ausnahme redaktioneller Änderungen (Namen und Adressen von Kostenträgern in Anlage 1) nicht vorgenommen. Die Änderungen sind in Anlage 1 *kursiv* dargestellt.

Die Entgeltsätze in der Vereinbarung und damit in der Rettungsdiensttarifordnung ändern sich wie folgt:

		bisher	ab Juni 2024
KTW (Krankentransport)	Pauschalentgelt (einschl. 20 km)	165,00 €	266,00 €
	Fernfahrten darüber hinaus je km ab dem 21. km	2,00 €	3,00 €
RTW (Notfallrettung)	Pauschalentgelt (einschl. 60 km)	353,00 €	466,00 €
	Fernfahrten darüber hinaus je km ab dem 61. Km	2,50 €	3,50 €
NEF (Notarzteinsetzfahrzeug)	Pauschalentgelt	541,00 €	891,00 €
Arztkosten Verlegungstransporte	Pauschalentgelt bis 2,5 Std.-Einsatzdauer	262,50 €	262,50 €
	zusätzl. Einsatzdauer je 30 Min.	52,50 €	52,50 €

Die vorgenommene Erhöhung resultiert aus der vorhandenen kumulierten Unterdeckung per 31.12.2023 in Höhe von 11.787.423 Euro, die lediglich anteilig mit 5.893.712 Euro berücksichtigt worden ist, um die Gebühren nicht über die Maßen zu erhöhen.

Die Entgelte sind im Teilhaushalt des Fachbereichs 37 - Feuerwehr veranschlagt. Im Vergleich zur Haushaltsplanung 2023/2024 führt die vorgeschlagene Änderung im Zeitraum 01.06.2024-31.05.2025 voraussichtlich zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 2,4 Mio. Euro für das Jahr 2025. Durch einen Bearbeitungsrückstand von ca. 7 Monaten sind aufgrund der neuen Entgeltvereinbarung indes keine Mehrerträge im Jahr 2024 zu erwarten.

Bei der Haushaltsplanung 2025/2026 wurden bereits 22 Mio. Euro an Gesamtkosten berücksichtigt. Aufgrund der oben genannten Unterdeckung sowie der beschriebenen anteiligen Berücksichtigung in Höhe von 5.893.712 Euro ergeben sich rd. 2,4 Mio. Euro Mehrerträge für den Zeitraum ab dem 01.01.2025. Dieser Betrag wird durch die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen angemeldet.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 8 NKomVG.

Geiger

Anlage/n:

- Anlage 1: Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst
 Anlage 2: Zehnte Änderung der Rettungsdiensttarifordnung

Vertragsnummer.: 41 07 111

Vereinbarung
über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst
gemäß § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG)

Zwischen

der Stadt Braunschweig
Feuerwehrstr.11-12, 38114 Braunschweig

(Träger des Rettungsdienstes)

und

der AOK – Die Gesundheitskasse für Niedersachsen,
Hildesheimer Str. 273, 30519 Hannover

den Ersatzkassen

- Techniker Krankenkasse (TK)
- BARMER
- DAK-Gesundheit
- Kaufmännische Krankenkasse – KKH
- Handelskrankenkasse (hkk)
- HEK - Hanseatische Krankenkasse

gemeinsamer Bevollmächtigter mit Abschlussbefugnis:
Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek),
vertreten durch den Leiter der vdek-Landesvertretung Niedersachsen
Schillerstr. 32, 30159 Hannover

SVLFG als Landwirtschaftliche Krankenkasse,
Im Haspelfelde 24, 30173 Hannover

KNAPPSCHAFT – Regionaldirektion Nord
Siemensstr. 7, 30173 Hannover

BKK Landesverband Mitte
Eintrachtweg 19, 30173 Hannover

IKK classic,
Tannenstraße 4 b, 01099 Dresden, zugleich handelnd als Vertreterin der
BIG direkt gesund, IKK gesund plus, IKK Nord, IKK Südwest

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung - DGUV, Landesverband Nordwest,
Hildesheimerstr. 309, 30519 Hannover

(Kostenträger)

wird folgende Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst geschlossen:

§ 1 Allgemeines

(1) Für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2024 wird zwischen den Vertragsparteien ein festes Gesamtbudget in Höhe von 22.169.000 Euro vereinbart. Als Entgeltberechnungsgrundlage werden zwischen den Vertragsparteien 28.062.712 Euro vereinbart. Die Abweichung zu den in Satz 1 genannten Gesamtkosten resultiert aus der kumulierten Unterdeckung per 31.12.2023 in Höhe von 11.787.423 Euro, die anteilig mit 5.893.712 Euro berücksichtigt worden ist.

(2) Überdeckungen und Unterdeckungen werden gemäß den Richtlinien des Landesausschusses Rettungsdienst ermittelt und Ausgleichs entsprechend dieser Richtlinien vorgenommen.

(3) Den vereinbarten Entgelten liegen folgende zu erwartende abrechenbare Einsatz- und Kilometerleistungen zugrunde

Notfalleinsätze (mit Sondersignal): 35.120 mit 29.636 Kilometern

Qual. Krankentransporteinsätze: 29.904 mit 129.377 Kilometern

Notarzteinsätze:3.916

§ 2 Entgelte

(1) Die Kostenträger zahlen ab dem 01.06.2024 bis zum 31.05.2025 die im Folgenden festgelegten Entgelte für jeden gemäß § 2 Abs. 2 NRettdG beförderten oder versorgten Patienten.

(2) Alle Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen der Datenträgeraustausch nach § 302 SGB V für die Abrechnung gilt. Die vereinbarten Entgelte werden nach dem bundeseinheitlichen Positionsnummernverzeichnis verschlüsselt.

(3) Notfalleinsatz (mit Sondersignal)

- Die Einsatzpauschale beträgt (incl. 60 Kilometer) **466,00 €**
 - Fahrt zum Krankenhaus Positionsnummer: **3 1 01 01**
 - Verlegungsfahrt Positionsnummer: **3 1 01 03**
 - Sonstiges Positionsnummer: **3 1 01 00**

Für jeden weiteren Kilometer **3,50 €**
Positionsnummer: **3 1 39 00**

(4) Qualifizierter Krankentransporteinsatz

- Die Einsatzpauschale beträgt (incl. 20 Kilometer) **266,00 €**
 - Fahrt zum Krankenhaus Positionsnummer: **41 01 01**
 - Krankenhausentlassung Positionsnummer: **49 01 01**
 - Verlegungsfahrt Positionsnummer: **41 01 03**
 - Amb. Behandlung außerhalb eines Krankenhauses Posnr.: **41 01 20**
 - Dialysefahrt Positionsnummer: **41 01 52**
 - Sonstiges Positionsnummer: **41 01 00**

Für jeden weiteren Kilometer **3,00 €**
Positionsnummer: **4 1 39 00**

(5) Notarzteinsatz

- Für den Einsatz des **Notarzteinsatzfahrzeuges** inklusive Notarzt wird für die Versorgung eines Verletzten oder Erkrankten eine Pauschale in Höhe von **891,00 €** berechnet.
 - Fahrt zum Krankenhaus Positionsnummer: **20 12 01**
 - Verlegungsfahrt Positionsnummer: **20 12 03**
 - Behandlung vor Ort (kein Transport) Positionsnummer: **20 12 40**

(6) Arztbegleitete Verlegung

- Für die Bereitstellung eines Arztes für eine medizinisch notwendige arztbegleitete Verlegung wird je transportierten Patienten eine Pauschale von **262,50 €** berechnet.
 - Verlegungsfahrt Positionsnummer: **07 12 03**
 - Verlegungsfahrt mit Genehmigung der Kasse Positionsnummer: **07 12 04**

Bei Einsätzen mit einer Dauer von mehr als 2,5 Stunden, wird ein Zuschlag von 52,50 € je weitere halbe Stunde Einsatzdauer berechnet. Positionsnummer: **07 52 03**

(7) Die abzurechnende Strecke wird einschließlich der An- und Abfahrt ermittelt. Bei Bereitstellung und Wartezeit von Rettungsmitteln wird die Einsatzpauschale für die erste Stunde fällig. Für jede weitere angefangene Stunde ist die halbe Einsatzpauschale zu zahlen. Die Regelung gem. § 2 Abs. 7 Satz 2 und 3 findet gegenüber den unterzeichnenden Kostenträger keine Anwendung statt.

(8) Nicht Gegenstand dieser Vereinbarung sind Hilfeleistungen durch Sanitätsdienste, bei Veranstaltungen, bei denen der Veranstalter den Sanitätsdienst bereitstellt oder bereitzustellen hat.

(9) Einsätze ohne jede medizinische Hilfeleistung am Einsatzort und Todesfeststellungen sind Fehleinsätze und nicht vergütungsfähig.

(10) Die Mitfahrt von Begleitpersonen ist kostenfrei.

(11) Vom Träger des Rettungsdienstes müssen auch gegenüber Dritten ausschließlich die in diesem Vertrag vereinbarten Entgelte berechnet werden.

(12) Es gelten die Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Verordnung von Krankenfahrten, Krankentransportleistungen und Rettungsfahrten (Krankentransport-Richtlinien) in der jeweiligen Fassung.

§ 3 Zahlungspflicht

(1) Die Zahlungspflicht entsteht mit der Inanspruchnahme einer Leistung im Sinne des § 2 Abs. 2 NRettDG.

§ 4 Entgeltveranlagung, Fälligkeit

(1) Die Abrechnung der Entgelte erfolgt durch die Stadt Braunschweig (Institutionskennzeichen: 600 307 271). Änderungen sind rechtzeitig vorher bekannt zu geben.

(2) Die Zahlung erfolgt innerhalb von vier Wochen nach Rechnungseingang bei dem jeweiligen Kostenträger. Die Frist beginnt mit dem Eingang der Abrechnung bei dem Kostenträger oder der von ihm benannten Abrechnungsstelle. Als Zahltag gilt der Tag der Überweisung oder Übersendung von Zahlungsmitteln oder der Tag der Übergabe des Überweisungsauftrages an ein Geldinstitut. Fällt der Fälligkeitstag auf einen Feiertag oder einen Samstag oder Sonntag, verschiebt sich das Ende der Zahlungsfrist auf den nächstfolgenden Werktag.

(3) Beanstandungen müssen innerhalb von 12 Monaten nach Rechnungseingang schriftlich geltend gemacht werden. Rückforderungen können - auch ohne Einverständnis des Vertragspartners/Beförderers – mit einer nachfolgenden Abrechnung verrechnet werden. Spätere Rückforderungen können nur mit dem Einverständnis des Vertragspartners/Beförderers verrechnet werden; es sei denn, es liegt eine unerlaubte Handlung des Vertragspartners/Beförderers vor.

(4) Mit Zahlung des vereinbarten Entgeltes sind sämtliche Forderungen des Trägers des Rettungsdienstes gegenüber dem Zahlungspflichtigen ausgeglichen.

(5) Zahlungen an eine Abrechnungsstelle erfolgen mit schuldbefreiender Wirkung für die Kostenträger, wenn die Abrechnungsstelle Originalabrechnungsunterlagen einreicht. Die schuldbefreiende Wirkung tritt auch dann ein, wenn die Rechtsbeziehungen zwischen der Abrechnungsstelle und dem Träger des Rettungsdienstes mit einem Mangel behaftet sind. Schädigt die Abrechnungsstelle anlässlich der Abrechnungen die Kostenträger, so haften der Träger des Rettungsdienstes und die Abrechnungsstelle (vgl. § 278 BGB).

(6) Der Träger des Rettungsdienstes und seine Beauftragten sind nicht berechtigt, gegenüber dem Versicherten oder seinen Angehörigen zusätzliche Zahlungen neben den vereinbarten Entgelten nach § 2 zu fordern oder anzunehmen.

(7) Die Rechnung ergeht an die gesetzliche Krankenkasse oder an die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn der Schuldner entsprechend versichert ist und dort ein Leistungsanspruch besteht.

Die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und Unfallversicherung sind insoweit Entgeltschuldner.

§ 5 Statistik

Der Träger des Rettungsdienstes stellt den Kostenträgern vierteljährlich, spätestens einen Monat nach Ablauf des Quartals, eine Excel-Einsatzstatistik zur Verfügung. Auffälligkeiten werden vom Träger analysiert.

§ 6 Datenschutz und Schweigepflicht

(1) Der Träger und seine Beauftragten sind verpflichtet, die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen (EU-DSGVO, SGB X, Landesdatenschutzgesetz, BDSG) einzuhalten.

(2) Der Träger und seine Beauftragten haben die Maßnahmen zum Datenschutz und zur Datensicherheit gem. Art. 32 EU- DSGVO insbesondere in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1, Abs. 2 EU-DSGVO herzustellen und einzuhalten.

(3) Der Träger und seine Beauftragten verpflichten sich, die im Rahmen dieses Vertrages bekanntwerdenden Daten wie beispielsweise Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, personenbezogene Daten von Versicherten (wie z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Diagnosen und Krankheiten usw.) sowie alle zur Kenntnis gelangenden Informationen und Unterlagen vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt über die Dauer dieses Vertrages hinaus.

(4) Die Daten dürfen nur im Rahmen der im Vertrag genannten Zwecke verarbeitet und genutzt und nicht länger gespeichert werden, als es für die Leistungserbringung und Abrechnung erforderlich ist. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben von dieser Regelung unberührt.

(5) Der Träger und seine Beauftragten sind verpflichtet, gemäß Art. 9 Abs. 3 EU-DSGVO für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen nur Personen einzusetzen, die auf die Vertraulichkeit verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden sowie regelmäßig informiert und angewiesen werden (Datengeheimnis). Die Geheimhaltungspflicht reicht über das Vertragsende hinaus.

(6) Der Träger und seine Beauftragten unterliegen hinsichtlich der Patientin/des Patienten und dessen/deren Daten nach den oben aufgeführten Absätzen der Schweigepflicht. Ausgenommen hiervon sind Angaben gegenüber den behandelnden Ärzten, dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) und der leistungspflichtigen Krankenkasse, soweit sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Krankenkassen erforderlich sind.

§ 7 Inkrafttreten, Gültigkeit

- (1) Die Vereinbarung wird vom 01.06.2024 bis zum 31.05.2025 geschlossen.
- (2) Die Vereinbarung gilt darüber hinaus weiter, bis sie unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende schriftlich gekündigt oder bis eine neue Vereinbarung geschlossen wurde.
- (3) Die Ungültigkeit einer Regelung dieser Vereinbarung berührt nicht die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen. Die Parteien werden unter Berücksichtigung des Vertragszwecks die ungültige durch eine gültige Regelung ersetzen.

Braunschweig, den _____

Träger

AOK – Die Gesundheitskasse für Niedersachsen (AOKN) Walsrode, den _____

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Der Leiter der vdek-Landesvertretung Niedersachsen Hannover, den _____

DGUV, LV Nordwest, für alle UV-Träger Hannover, den _____

Entgeltvereinbarung Rettungsdienst Stadt Braunschweig 2024 Hannover, den _____

KNAPPSCHAFT – Regionaldirektion Nord

IKK classic
auch in Vertretung der im Rubrum genannten
anderen Innungskrankenkassen

Hannover, den _____

BKK Landesverband Mitte
Landesvertretung Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Hannover, den _____

SVLFG als Landwirtschaftliche Krankenkasse

Hannover, den _____

**Zehnte Änderung der
Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des
Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig
(Rettungsdiensttarifordnung)**

vom 14. Mai 2024

Aufgrund des § 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Februar 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 9) und der §§ 14 und 15 des Nds. Rettungsdienstgesetzes in der Fassung vom 2. Oktober 2007 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 288) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 14. Mai 2024 folgende Änderung der Tarifordnung beschlossen:

Artikel I

§ 2 der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) vom 19. Dezember 2006 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 30 vom 22. September 2006, Seite 119) in der Fassung der Neunten Änderung vom 19. September 2023 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 11 vom 27. September 2023, Seite 31) wird wie folgt gefasst:

**„§ 2
Entgelterhebung und Entgelttarif**

Für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes werden folgende privatrechtlichen Entgelte erhoben:

- (1) Für die Inanspruchnahme eines Krankentransportwagens beträgt das Entgelt pauschal 266,00 Euro. Bei Einsätzen mit einer Gesamtfahrleistung von mehr als 20 km wird ein Zuschlag von 3,00 Euro je Kilometer Fahrstrecke ab dem 21. km berechnet.
- (2) Für die Inanspruchnahme eines Rettungswagens wird ein Pauschalentgelt in Höhe von 466,00 Euro erhoben. Bei Einsätzen mit einer Gesamtfahrleistung von mehr als 60 km wird ein Zuschlag von 3,50 Euro je Kilometer Fahrstrecke ab dem 61. km berechnet.
- (3) Für die Inanspruchnahme eines arztbegleiteten Verlegungstransportes wird neben dem Entgelt für den Rettungswagen gemäß Abs. 2 ein Pauschalentgelt für den Arzt in Höhe von 262,50 Euro erhoben. Bei Einsätzen mit einer Dauer von mehr als 2,5 Stunden wird ein Zuschlag von 52,50 Euro für jede weitere angefangene halbe Stunde Einsatzdauer berechnet.
- (4) Für die Inanspruchnahme des Notarzteinsatzfahrzeuges wird ein Pauschalentgelt in Höhe von 891,00 Euro erhoben.“

Artikel II

Diese Änderung der Rettungsdiensttarifordnung tritt am 01. Juni 2024 in Kraft.

Braunschweig, den _____

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Geiger
Erster Stadtrat

Vorstehende Rettungsdiensttarifordnung wird hiermit bekanntgemacht.

Braunschweig, den _____

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Geiger
Erster Stadtrat

Betreff:

Neufassung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:

Dezernat II
32 Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Datum:

18.03.2024

Beratungsfolge

Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung
(Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

24.04.2024
07.05.2024
14.05.2024

Status

Ö
N
Ö

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig wird beschlossen.“

Begründung:

Die am 20. Juni 2017 vom Rat der Stadt beschlossene Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig (SOG-VO) hat sich in der praktischen Anwendung bewährt.

Am 27. Juni 2023 hat der Rat der Stadt die Satzung über die Benutzung der öffentlichen Park- und Grünanlagen der Stadt Braunschweig (Park- und Grünanlagensatzung - Vorlage 23-21521) beschlossen. In diese wurden einige Regelungen der SOG-VO übernommen und teilweise modifiziert. Zur Vermeidung von Doppelregelungen wird die SOG-VO redaktionell angepasst.

Zur besseren Lesbarkeit wird keine Änderungsverordnung, sondern eine Neufassung zur Beschlussfassung vorgelegt (Anlage 1). In der Anlage 2 ist eine Synopse beigefügt.

Ermächtigungsgrundlage

Das Niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) wurde am 24. Mai 2019 durch das Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) ersetzt. Die Ermächtigungsgrundlage für die Verordnung ist dabei inhaltlich unverändert geblieben, siehe § 55 NPOG.

Zuständigkeit des Rates

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Ziff. 5 NKomVG.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

- 1) Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig
- 2) Synopse der bisherigen Fassung und der Neufassung der Verordnung

**Verordnung
zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
sowie zum Schutz vor Lärm
in der Stadt Braunschweig**

vom 14. Mai 2024

Aufgrund des § 55 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) in der Fassung vom 19. Januar 2005, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.09.2022 (Nds. GVBl. S. 589) und § 2 des Niedersächsischen Gesetzes über Verordnungen der Gemeinden zum Schutz vor Lärm (NLärmSchG) vom 10. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 562) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 14. Mai 2024 für das Gebiet der Stadt Braunschweig folgende Verordnung erlassen:

**§ 1
Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Verordnung sind:

- a) Öffentliche Straßen:
alle Straßen, Wege, Plätze, Parkplätze, Brücken, Durchfahrten, Durchgänge, Tunnel, Über- und Unterführungen, Geh- und Radwege, Fahrradstraßen, Fußgänger- und Verkaufszonen, verkehrsberuhigte Bereiche sowie Treppen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse.
Zu den Straßen gehören Straßengräben, Böschungen, Stützmauern, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen neben der Fahrbahn sowie die Verkehrsinseln und Grünstreifen;
- b) Fahrbahnen:
diejenigen Teile der Straße, die dem Verkehr mit Fahrzeugen dienen
- c) Park- und Grünanlagen:
Park und Grünanlagen im Sinne der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Park- und Grünanlagen der Stadt Braunschweig (Park- und Grünanlagensatzung)
- d) Sonstige Grünflächen:
alle der Allgemeinheit zugänglichen Grünflächen und -streifen, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse, die nicht unter Buchstabe c fallen.

**§ 2
Sauberkeit**

Das von der Stadt Braunschweig nicht genehmigte Plakatieren, sofern es von öffentlichen Straßen, Park- und Grünanlagen und sonstigen Grünflächen aus sichtbar ist, sowie das Bekleben, Bemalen, Beschreiben, Beschmieren und Besprühen von Gebäuden, Denkmälern, Mauern, Einfriedungen, Toren, Straßen, Brücken, Bänken, Verteilerschränken, Brunnen, Bäumen, Leitungsmasten, Abfall- und Wertstoffbehältern, Fahrgastwartehäuschen, Blumenkästen, Spielgeräten, Hinweisschildern und dergleichen ist verboten. Die Bestimmungen der Niedersächsischen Bauordnung bezüglich Werbeanlagen sowie des Niedersächsischen Straßengesetzes bleiben unberührt.

§ 3 Schutz der Grünflächen

Auf sonstigen Grünflächen ist es untersagt,

- a) Kraftfahrzeuge aller Art, Wohnwagen und Anhänger außerhalb dafür ausgewiesener Flächen abzustellen, zu reinigen oder zu reparieren,
- b) diese mit Kraftfahrzeugen aller Art zu befahren, es sei denn, dies ist ausdrücklich zugelassen,
- c) zu Zelten,
- d) offenes Feuer zu entzünden oder zu unterhalten.

§ 4 Ruhestörender Lärm

- (1) Ruhezeiten sind

a) Sonn- und Feiertage	ganztagig (Sonn- und Feiertagsruhe)
b) an Werktagen die Zeiten von	13:00 bis 15:00 Uhr (Mittagsruhe)
	20:00 bis 07:00 Uhr (Nachtruhe).
- (2) Während der Ruhezeiten nach Abs. 1 sind Arbeiten im Freien mit Geräten und Maschinen nach dem Anhang der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV) (wie Rasenmäher, Heckenscheren, Vertikutierer, Schredder/Zerkleinerer, etc.) sowie mit sonstigen motorbetriebenen Handwerks- und Gartengeräten (z. B. Sägen, Schleifmaschinen u.a.) verboten.
- (3) Neben dem unter Absatz 2 genannten Verbot ist zusätzlich in den Zeiten von 07:00 bis 09:00 Uhr sowie von 17:00 bis 20:00 Uhr der Betrieb von:
 - Freischneidern
 - Laubbläsern
 - Laubsammeln
 - Grastrimmern/Graskantenschneidern
 verboten, es sei denn, dass für die Geräte und Maschinen das gemeinschaftliche Umweltzeichen nach den Artikeln 7 und 9 der Verordnung Nr. 1980/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Revision des gemeinschaftlichen Systems zur Vergabe eines Umweltzeichens (ABl. EG Nr. L 237 S.1) vergeben worden ist und sie mit dem Umweltzeichen nach Artikel 8 der Verordnung Nr. 1980/2000/EG gekennzeichnet sind.
- (4) Die Verbote der Absätze 2 und 3 gelten nicht, wenn der Betrieb der Geräte im Einzelfall zur Abwendung einer Gefahr bei Unwetter oder Schneefall oder zur Abwendung einer sonstigen Gefahr für Mensch, Umwelt oder Sachgüter erforderlich ist. § 7 Absatz 2 Sätze 3 und 4 der 32. BImSchV bleiben von dieser Verordnung unberührt.
- (5) Das Verbot gemäß Absatz 1 b) bezüglich der Mittagsruhe gilt nicht für geräuschvolle Arbeiten oder Betätigungen gewerblicher und/oder forst- und landwirtschaftlicher Art. Ebenso gilt das Verbot nicht für die Aufgabenerfüllung durch städtische Bedienstete im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

§ 5 Hausnummern

- (1) Die Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten haben ihre bebauten Grundstücke mit der von der Stadt Braunschweig festgesetzten Hausnummer zu versehen. Dies gilt auch für eine Umnummerierung. Die Hausnummer hat der Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte auf seine Kosten zu beschaffen und anzubringen sowie zu erhalten und im Bedarfsfall zu erneuern. Es besteht kein Anspruch auf Erteilung oder Beibehaltung einer bestimmten Hausnummer.
- (2) Jedes zur selbstständigen Nutzung bestimmte Gebäude ist mit einer eigenen Hausnummer zu bezeichnen. Es können verschiedene Hauseingänge eines Gebäudes mit separaten Hausnummern versehen werden, sofern dies erforderlich ist.
- (3) Eine Hausnummer besteht aus arabischen Ziffern und wird bei Bedarf um lateinische Buchstaben ergänzt. Es dürfen keine Doppelhausnummern (z. B. 2-5, 1/3 etc.) festgelegt werden. Noch bestehende Hausnummern dieser Art werden von der Stadt Braunschweig in einfache Hausnummern umnummeriert.
- (4) Die Hausnummer muss von der Fahrbahnmitte der Straße aus, zu der das Grundstück gehört, deutlich sichtbar und lesbar sein. Als Hausnummern sind wetterbeständige, leicht erkennbare Schilder oder Zeichen zu verwenden (z.B. Hausnummernleuchten, reflektierende Schilder, Keramik bzw. Metallziffern). Die Hausnummer muss sich farblich vom Hintergrund abheben und sollte bei Dunkelheit beleuchtet sein.
- (5) Die Hausnummer ist wie folgt anzubringen:
 - a) wenn der Hauseingang an der Frontseite liegt, neben oder über dem Hauseingang an der Hauswand,
 - b) wenn der Hauseingang an der Seite oder Rückseite des Gebäudes liegt, an der der Straße zugewandten dem Hauseingang nächstliegenden Gebäudeecke,
 - c) wenn bei noch bestehenden Nummerierungen der Hauseingang bei Eckgrundstücken an einer anderen als der bestimmungsmäßigen Straße liegt, an der Gebäudeecke der bestimmungsmäßigen Straße, die dem Hauseingang am nächsten liegt.
- (6) Sind mehrere Gebäude, für die von der Stadt unterschiedliche Hausnummern vergeben werden, nur über einen gemeinschaftlichen Privatweg von der Straße aus zu erreichen, so ist von den an dem Privatweg anliegenden Grundstückseigentümern bzw. Erbbauberechtigten zusätzlich ein Hinweisschild mit Angabe der betreffenden Hausnummern an der Einmündung des Weges anzubringen. Gleiches gilt für Grundstücke, auf denen sich mehrere mit unterschiedlichen Hausnummern bezeichnete Gebäude befinden, die nur über eine gemeinsame Zuwegung von der Straße aus zu erreichen sind.
- (7) Wenn für ein Grundstück eine neue Hausnummer festgelegt wird, darf die alte Hausnummer während einer Übergangszeit von einem halben Jahr nicht entfernt werden. Die alte Nummer ist mit roter Farbe so zu durchkreuzen, dass sie noch zu lesen ist.

§ 6 Hunde

- (1) Hundeführerinnen und Hundeführer sind verpflichtet, Verunreinigungen durch Hundekot auf öffentlichen Straßen und auf sonstigen Grünflächen unverzüglich zu beseitigen, welche durch die von ihnen geführten Hunde verursacht wurden. Dies gilt insbesondere auch auf allen Wegen und Flächen, die vornehmlich den Fußgängern und/oder Radfahrern vorbehalten sind. Die Straßenreinigungspflicht der Anlieger wird dadurch nicht berührt.
- (2) Die Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über das Halten von Hunden (NHundG) bleiben unberührt.

§ 7 Füttern von Tauben

Das Füttern von wildlebenden Tauben ist im gesamten Stadtgebiet auf öffentlichen Straßen, in Park- und Grünanlagen und sonstigen Grünflächen verboten.

§ 8 Baden

- (1) Das Baden ist untersagt,
 - a) in der Oker,
 - b) in den mit der Oker im Zusammenhang stehenden Gewässern,
- (2) Ausgenommen von diesem Verbot sind diejenigen Gewässer, die durch die Stadt Braunschweig freigegeben werden.

§ 9 Zerstörung von Eisflächen

- (1) Die Eisdecke von Gewässern, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, darf nur zu Zwecken der ordnungsgemäßen Ausübung des Fischereirechts oder zur Sicherung der Löschwasserversorgung oder Eisrettung zerstört werden. Wer die Eisdecke in Ausübung dieser Rechte zerstört, ist verpflichtet, die Gefahrenstelle deutlich sichtbar zu kennzeichnen.
- (2) Die Feuerwehr darf auch zu Ausbildungs- und Übungszwecken Eisflächen zerstören. Die Verpflichtung gemäß Abs. 1 Satz 2 bleibt davon unberührt.

§ 10 Schneeüberhänge und Eiszapfen

Schneeüberhänge und Eiszapfen an Gebäuden, durch die Verkehrsteilnehmer auf öffentlichen Straßen, in Park- und Grünanlagen oder sonstigen Grünflächen gefährdet werden können, müssen unverzüglich durch den Eigentümer beseitigt werden.

§ 11

Herkulesstaude und Beifußblättriges Traubenkraut

- (1) Der Anbau, das Ansiedeln oder die Verbreitung der Herkulesstaude (*Heracleum mantegazzianum*) und des Beifußblättrigen Traubenkrauts (*Ambrosia artemisiifolia*) in der Land- und Forstwirtschaft, im Erwerbsgartenbau sowie in Gärten, Park- und Grünanlagen ist untersagt.
- (2) Die Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten von Grundstücken haben die Ausbreitung vorhandener Herkulesstauden und des Beifußblättrigen Traubenkrauts zu verhindern.
- (3) Die Stadt Braunschweig kann von dem Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten von Grundstücken verlangen, die vorhandenen Herkulesstauden oder das vorhandene Beifußblättrige Traubenkraut zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen.

§ 12

Ausnahmeerlaubnisse

Ausnahmen von den Geboten und Verboten der §§ 2 - 11 können im Einzelfall von der Stadt Braunschweig zugelassen werden.

§ 13

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 59 Abs. 1 NPOG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 2 plakatiert oder Plakatanschlätze veranlasst oder Gebäude, Denkmäler, Mauern, Einfriedungen, Tore, Straßen, Brücken, Bänke, Verteilerschränke, Brunnen, Bäume, Leitungsmasten, Abfall- u. Wertstoffbehälter, Fahrgastwartehäuschen, Blumenkästen, Spielgeräte, Hinweisschilder und dergleichen bemalt, beklebt, beschriftet, beschmiert oder besprüht,
 2. entgegen § 3 auf sonstigen Grünflächen Kraftfahrzeuge, Wohnwagen und Anhänger abstellt, reinigt oder repariert oder mit Kraftfahrzeugen fährt, zeltet oder offenes Feuer entzündet oder unterhält,
 3. entgegen § 5 Hausnummern nicht wie in den Abs. 1 – 7 vorgeschrieben anbringt,
 4. entgegen § 6 die von mitgeführten Hunden verursachte Kotverunreinigung auf öffentlichen Straßen und sonstigen Grünflächen nicht unverzüglich beseitigt,
 5. entgegen § 7 wildlebende Tauben auf öffentlichen Straßen, in Park- und Grünanlagen oder in sonstigen Grünflächen füttert,
 6. entgegen § 8 in der Oker oder in den mit der Oker im Zusammenhang stehenden Gewässern, die nicht von der Stadt Braunschweig zum Baden freigegeben sind, badet,
 7. entgegen § 9 die Eisdecke von Gewässern, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, außer in den dort genannten Fällen zerstört oder es nach Zerstörung der Eisdecke versäumt, die Gefahrenstelle deutlich sichtbar zu kennzeichnen,
 8. entgegen § 10 es als Eigentümer des Gebäudes versäumt unverzüglich Schneeüberhänge oder Eiszapfen, durch die Verkehrsteilnehmer auf der Straße, in Park- und Grünanlagen oder in sonstigen Grünflächen gefährdet werden können, zu beseitigen,
 9. entgegen § 11 die Herkulesstaude oder das Beifußblättrige Traubenkraut anbaut, ansiedelt, verbreitet, deren Ausbreitung nicht verhindert oder einer entsprechenden Verfügung der Stadt Braunschweig, diese Pflanzen zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen, nicht nachkommt.

- (2) Ordnungswidrig im Sinne des § 3 Abs. 1 NLärmSchG handelt, wer entgegen § 4 während der Ruhezeiten nach § 4 Absatz 1, die in den Absätzen 2 und 3 aufgezählten Arbeiten im Freien verrichtet ohne dazu berechtigt zu sein. Die vorrangigen Regelungen der 32. BImSchV bleiben hiervon unberührt.
- (3) Die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 können gemäß § 59 Abs. 2 NPOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.
- (4) Die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 2 können gemäß § 3 Abs. 2 NLärmSchG mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

§ 14 Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für die Stadt Braunschweig in Kraft.
- (2) Die Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig vom 20. Juni 2017 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 10 vom 29. Juni 2017, Seite 31) in der Fassung der Ersten Änderungsverordnung vom 6. Februar 2018 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 2 vom 16. Februar 2018, Seite 15) tritt gleichzeitig außer Kraft.

§ 15 Geltungsdauer

Diese Verordnung tritt 10 Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.

Braunschweig, den ... *[Zeitpunkt der Unterzeichnung]*

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Dr. Pollmann
Stadtrat

Vorstehende Verordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den ... *[Zeitpunkt der Unterzeichnung]*

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Dr. Pollmann
Stadtrat

Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig vom 20. Juni 2017 in der Fassung der Ersten Änderungsverordnung vom 16. Februar 2018	Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig vom 14. Mai 2024
<p>Aufgrund des §§ 55 des Nds. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) und § 2 des Niedersächsischen Gesetzes über Verordnungen der Gemeinden zum Schutz vor Lärm (NLärmSchG) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 20. Juni 2017 für das Gebiet der Stadt Braunschweig folgende Verordnung erlassen:</p>	<p>Aufgrund des §§ 55 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) und § 2 des Niedersächsischen Gesetzes über Verordnungen der Gemeinden zum Schutz vor Lärm (NLärmSchG) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 14. Mai 2024 für das Gebiet der Stadt Braunschweig folgende Verordnung erlassen:</p>
<p>§ 1 Begriffsbestimmungen</p> <p>(1) Im Sinne dieser Verordnung sind:</p> <p>a) Öffentliche Straßen: alle Straßen, Wege, Plätze, Parkplätze, Brücken, Durchfahrten, Durchgänge, Tunnel, Über- und Unterführungen, Geh- und Radwege, Fahrradstraßen, Fußgänger- und Verkaufszonen, verkehrsberuhigte Bereiche sowie Treppen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse. Zu den Straßen gehören Straßengräben, Böschungen, Stützmauern, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen neben der Fahrbahn sowie die Verkehrsinseln und Grünstreifen;</p> <p>b) Fahrbahnen: diejenigen Teile der Straße, die dem Verkehr mit Fahrzeugen dienen;</p> <p>c) Assistenzhunde: Hunde, die zum Schutz und zur Hilfe blinder, tauber oder hilfloser Personen ausgebildet sind und diese begleiten. Das sind insbesondere Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „B“, „Bl“, „aG“, „Gl“ oder „H“ besitzen.</p>	<p>§ 1 Begriffsbestimmungen</p> <p>Im Sinne dieser Verordnung sind:</p> <p>a) Öffentliche Straßen: alle Straßen, Wege, Plätze, Parkplätze, Brücken, Durchfahrten, Durchgänge, Tunnel, Über- und Unterführungen, Geh- und Radwege, Fahrradstraßen, Fußgänger- und Verkaufszonen, verkehrsberuhigte Bereiche sowie Treppen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse. Zu den Straßen gehören Straßengräben, Böschungen, Stützmauern, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen neben der Fahrbahn sowie die Verkehrsinseln und Grünstreifen;</p> <p>b) Fahrbahnen: diejenigen Teile der Straße, die dem Verkehr mit Fahrzeugen dienen;</p>

<p>(2) Öffentliche Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse die der Allgemeinheit im Stadtgebiet zugänglichen</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Alleen, b) Friedhöfe und Gedenkstätten, c) Festplätze, d) Park- und Grünanlagen (gärtnerisch gestaltete Anlagen, die der Erholung der Bevölkerung dienen), e) Grünflächen und -streifen (die nicht Bestandteil der öffentlichen Straßen sind) f) Kinderspiel-, Jugend- und Bolzplätze. 	<p>c) Park- und Grünanlagen: Park und Grünanlagen im Sinne der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Park- und Grünanlagen der Stadt Braunschweig (Park- und Grünanlagensatzung)</p> <p>d) Sonstige Grünflächen: alle der Allgemeinheit zugänglichen Grünflächen und -streifen, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse, die nicht unter Buchstabe c fallen.</p>
<p>§ 2 Sauberkeit</p> <p>Das von der Stadt Braunschweig nicht genehmigte Plakatieren, sofern es von öffentlichen Straßen oder Anlagen aus sichtbar ist, sowie das Bekleben, Bemalen, Beschreiben, Beschmieren und Besprühen von Gebäuden, Denkmälern, Mauern, Einfriedungen, Toren, Straßen, Brücken, Bänken, Verteilerschränken, Brunnen, Bäumen, Leitungsmasten, Abfall- und Wertstoffbehältern, Fahrgastwartehäuschen, Blumenkästen, Spielgeräten, Hinweisschildern und dergleichen ist verboten.</p> <p>Die Bestimmungen der Niedersächsischen Bauordnung bezüglich Werbeanlagen sowie des Niedersächsischen Straßengesetzes bleiben unberührt.</p>	<p>§ 2 Sauberkeit</p> <p>Das von der Stadt Braunschweig nicht genehmigte Plakatieren, sofern es von öffentlichen Straßen, Park- und Grünanlagen und sonstigen Grünflächen aus sichtbar ist, sowie das Bekleben, Bemalen, Beschreiben, Beschmieren und Besprühen von Gebäuden, Denkmälern, Mauern, Einfriedungen, Toren, Straßen, Brücken, Bänken, Verteilerschränken, Brunnen, Bäumen, Leitungsmasten, Abfall- und Wertstoffbehältern, Fahrgastwartehäuschen, Blumenkästen, Spielgeräten, Hinweisschildern und dergleichen ist verboten.</p> <p>Die Bestimmungen der Niedersächsischen Bauordnung bezüglich Werbeanlagen sowie des Niedersächsischen Straßengesetzes bleiben unberührt</p>

<p>§ 3 Schutz der öffentlichen Anlagen</p> <p>(1) In den öffentlichen Anlagen ist es untersagt,</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Kraftfahrzeuge aller Art, Wohnwagen und Anhänger außerhalb dafür ausgewiesener Flächen abzustellen, zu reinigen oder zu reparieren, b) Diese mit Kraftfahrzeugen aller Art zu befahren, es sei denn, dies ist ausdrücklich zugelassen, c) zu Zelten, d) offenes Feuer zu entzünden oder zu unterhalten. <p>(2) Ausgenommen von dem Verbot zu Abs. 1 d) ist das Grillen in Park- und Grünanlagen. Das Grillen in Park- und Grünanlagen ist bei Brandgefahr aufgrund langanhaltender Trockenheit untersagt.</p> <p>Darüber hinaus ist beim Grillen in Park- und Grünanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> a) ausschließlich Gas bzw. Grillkohle in feuerfesten Grillgeräten zu verwenden und b) die Grillkohle sowie der übrige Abfall ordnungsgemäß zu entsorgen. <p>(3) Auf städtischen Kinderspiel-, Jugend- und Bolzplätzen ist es verboten zu rauchen oder alkoholische Getränke zu konsumieren. Auf den historischen Friedhöfen „Reformierter Friedhof“, „St.-Petri-Friedhof“, „Ehemaliger Friedhof der St.-Martini-Gemeinde“, „St.-Ulrich-Brüdern-Friedhof“ und „St.-Nicolai-Friedhof“ (siehe die als Bestandteil dieser Verordnung beigefügten Anlagen Karten j-n) ist es verboten alkoholische Getränke zu konsumieren.</p>	<p>§ 3 Schutz der Grünflächen</p> <p>Auf sonstigen Grünflächen ist es untersagt,</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Kraftfahrzeuge aller Art, Wohnwagen und Anhänger außerhalb dafür ausgewiesener Flächen abzustellen, zu reinigen oder zu reparieren, b) diese mit Kraftfahrzeugen aller Art zu befahren, es sei denn, dies ist ausdrücklich zugelassen, c) zu Zelten, d) offenes Feuer zu entzünden oder zu unterhalten.
---	--

<p>§ 4 Ruhestörender Lärm</p> <p>(1) Ruhezeiten sind</p> <p>a) Sonn- und Feiertage</p> <p>ganztägig (Sonn- und Feiertagsruhe)</p> <p>b) an Werktagen die Zeiten von</p> <p>13:00 bis 15:00 Uhr (Mittagsruhe)</p> <p>20:00 bis 07:00 Uhr (Nachtruhe).</p> <p>(2) Während der Ruhezeiten nach Abs. 1 sind Arbeiten im Freien mit Geräten und Maschinen nach dem Anhang der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV) (wie Rasenmäher, Heckenscheren, Vertikutierer, Schredder/Zerkleinerer, etc.) sowie mit sonstigen motorbetriebenen Handwerks- und Gartengeräten (z. B. Sägen, Schleifmaschinen u.a.) verboten.</p> <p>a) der Betrieb von motorbetr</p> <p>(3) Neben dem unter Absatz 2 genannten Verbot ist zusätzlich in den Zeiten von 07:00 bis 09:00 Uhr sowie von 17:00 bis 20:00 Uhr der Betrieb von:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Freischneidern - Laubbläsern - Laubsammeln - Grastrimmern/Graskantenschneidern <p>verboten, es sei denn, dass für die Geräte und Maschinen das gemeinschaftliche Umweltzeichen nach den Artikeln 7 und 9 der Verordnung Nr. 1980/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Revision des gemeinschaftlichen Systems zur Vergabe eines Umweltzeichens (ABl. EG Nr. L 237 S.1) vergeben worden ist und sie mit dem Umweltzeichen nach Artikel 8 der Verordnung Nr. 1980/2000/EG gekennzeichnet sind.</p>	<p>§ 4 Ruhestörender Lärm (unverändert)</p> <p>(1) Ruhezeiten sind</p> <p>a) Sonn- und Feiertage</p> <p>ganztägig (Sonn- und Feiertagsruhe)</p> <p>b) an Werktagen die Zeiten von</p> <p>13:00 bis 15:00 Uhr (Mittagsruhe)</p> <p>20:00 bis 07:00 Uhr (Nachtruhe).</p> <p>(2) Während der Ruhezeiten nach Abs. 1 sind Arbeiten im Freien mit Geräten und Maschinen nach dem Anhang der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV) (wie Rasenmäher, Heckenscheren, Vertikutierer, Schredder/Zerkleinerer, etc.) sowie mit sonstigen motorbetriebenen Handwerks- und Gartengeräten (z. B. Sägen, Schleifmaschinen u.a.) verboten.</p> <p>a) der Betrieb von motorbetr</p> <p>(3) Neben dem unter Absatz 2 genannten Verbot ist zusätzlich in den Zeiten von 07:00 bis 09:00 Uhr sowie von 17:00 bis 20:00 Uhr der Betrieb von:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Freischneidern - Laubbläsern - Laubsammeln - Grastrimmern/Graskantenschneidern <p>verboten, es sei denn, dass für die Geräte und Maschinen das gemeinschaftliche Umweltzeichen nach den Artikeln 7 und 9 der Verordnung Nr. 1980/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Revision des gemeinschaftlichen Systems zur Vergabe eines Umweltzeichens (ABl. EG Nr. L 237 S.1) vergeben worden ist und sie mit dem Umweltzeichen nach Artikel 8 der Verordnung Nr. 1980/2000/EG gekennzeichnet sind.</p>
---	---

<p>(4) Die Verbote der Absätze 2 und 3 gelten nicht, der wenn Betrieb der Geräte im Einzelfall zur Abwendung einer Gefahr bei Unwetter oder Schneefall oder zur Abwendung einer sonstigen Gefahr für Mensch, Umwelt oder Sachgüter erforderlich ist. § 7 Absatz 2 Sätze 3 und 4 der 32. BImSchV bleiben von dieser Verordnung unberührt.</p> <p>(5) Das Verbot gemäß Absatz 1 b) bezüglich der Mittagsruhe gilt nicht für geräuschvolle Arbeiten oder Betätigungen gewerblicher und/oder forst- und landwirtschaftlicher Art. Ebenso gilt das Verbot nicht für die Aufgabenerfüllung durch städtische Bedienstete im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.</p>	<p>(4) Die Verbote der Absätze 2 und 3 gelten nicht, der wenn Betrieb der Geräte im Einzelfall zur Abwendung einer Gefahr bei Unwetter oder Schneefall oder zur Abwendung einer sonstigen Gefahr für Mensch, Umwelt oder Sachgüter erforderlich ist. § 7 Absatz 2 Sätze 3 und 4 der 32. BImSchV bleiben von dieser Verordnung unberührt.</p> <p>(5) Das Verbot gemäß Absatz 1 b) bezüglich der Mittagsruhe gilt nicht für geräuschvolle Arbeiten oder Betätigungen gewerblicher und/oder forst- und landwirtschaftlicher Art. Ebenso gilt das Verbot nicht für die Aufgabenerfüllung durch städtische Bedienstete im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.</p>
<p>§ 5 Hausnummern</p> <p>(1) Die Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten haben ihre bebauten Grundstücke mit der von der Stadt Braunschweig festgesetzten Hausnummer zu versehen. Dies gilt auch für eine Umnummerierung. Die Hausnummer hat der Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte auf seine Kosten zu beschaffen und anzubringen sowie zu erhalten und im Bedarfsfall zu erneuern. Es besteht kein Anspruch auf Erteilung oder Beibehaltung einer bestimmten Hausnummer.</p> <p>(2) Jedes zur selbstständigen Nutzung bestimmte Gebäude ist mit einer eigenen Hausnummer zu bezeichnen. Es können verschiedene Hauseingänge eines Gebäudes mit separaten Hausnummern versehen werden, sofern dies erforderlich ist.</p> <p>(3) Eine Hausnummer besteht aus arabischen Ziffern und wird bei Bedarf um lateinische Buchstaben ergänzt. Es dürfen keine Doppelhausnummern (z. B. 2-5, 1/3 etc.) festgelegt werden. Noch bestehende Hausnummern dieser Art werden von der Stadt Braunschweig in einfache Hausnummern umnummeriert.</p>	<p>§ 5 (unverändert) Hausnummern</p> <p>(1) Die Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten haben ihre bebauten Grundstücke mit der von der Stadt Braunschweig festgesetzten Hausnummer zu versehen. Dies gilt auch für eine Umnummerierung. Die Hausnummer hat der Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte auf seine Kosten zu beschaffen und anzubringen sowie zu erhalten und im Bedarfsfall zu erneuern. Es besteht kein Anspruch auf Erteilung oder Beibehaltung einer bestimmten Hausnummer.</p> <p>(2) Jedes zur selbstständigen Nutzung bestimmte Gebäude ist mit einer eigenen Hausnummer zu bezeichnen. Es können verschiedene Hauseingänge eines Gebäudes mit separaten Hausnummern versehen werden, sofern dies erforderlich ist.</p> <p>(3) Eine Hausnummer besteht aus arabischen Ziffern und wird bei Bedarf um lateinische Buchstaben ergänzt. Es dürfen keine Doppelhausnummern (z. B. 2-5, 1/3 etc.) festgelegt werden. Noch bestehende Hausnummern dieser Art werden von der Stadt Braunschweig in einfache Hausnummern umnummeriert.</p>

(4) Die Hausnummer muss von der Fahrbahnmittle der Straße aus, zu der das Grundstück gehört, deutlich sichtbar und lesbar sein. Als Hausnummern sind wetterbeständige, leicht erkennbare Schilder oder Zeichen zu verwenden.
(z.B. Hausnummernleuchten, reflektierende Schilder, Keramik bzw. Metallziffern). Die Hausnummer muss sich farblich vom Hintergrund abheben und sollte bei Dunkelheit beleuchtet sein.

(5) Die Hausnummer ist wie folgt anzubringen:

a) wenn der Hauseingang an der Frontseite liegt, neben oder über dem Hauseingang an der Hauswand,

b) wenn der Hauseingang an der Seite oder Rückseite des Gebäudes liegt, an der der Straße zugewandten dem Hauseingang nächstliegenden Gebäudeecke,

c) wenn bei noch bestehenden Nummerierungen der Hauseingang bei Eckgrundstücken an einer anderen als der bestimmungsmäßigen Straße liegt, an der Gebäudeecke der bestimmungsmäßigen Straße, die dem Hauseingang am nächsten liegt.

(6) Sind mehrere Gebäude, für die von der Stadt unterschiedliche Hausnummern vergeben werden, nur über einen gemeinschaftlichen Privatweg von der Straße aus zu erreichen, so ist von den an dem Privatweg anliegenden Grundstückseigentümern bzw. Erbbauberechtigten zusätzlich ein Hinweisschild mit Angabe der betreffenden Hausnummern an der Einmündung des Weges anzubringen. Gleiches gilt für Grundstücke, auf denen sich mehrere mit unterschiedlichen Hausnummern bezeichnete Gebäude befinden die nur über eine gemeinsame Zuwegung von der Straße aus zu erreichen sind.

(7) Wenn für ein Grundstück eine neue Hausnummer festgelegt wird, darf die alte Hausnummer während einer Übergangszeit von einem halben Jahr nicht entfernt werden. Die alte Nummer ist mit roter Farbe so zu durchkreuzen, dass sie noch zu lesen ist.

(4) Die Hausnummer muss von der Fahrbahnmittle der Straße aus, zu der das Grundstück gehört, deutlich sichtbar und lesbar sein. Als Hausnummern sind wetterbeständige, leicht erkennbare Schilder oder Zeichen zu verwenden.
(z.B. Hausnummernleuchten, reflektierende Schilder, Keramik bzw. Metallziffern). Die Hausnummer muss sich farblich vom Hintergrund abheben und sollte bei Dunkelheit beleuchtet sein.

(5) Die Hausnummer ist wie folgt anzubringen:

a) wenn der Hauseingang an der Frontseite liegt, neben oder über dem Hauseingang an der Hauswand,

b) wenn der Hauseingang an der Seite oder Rückseite des Gebäudes liegt, an der der Straße zugewandten dem Hauseingang nächstliegenden Gebäudeecke,

c) wenn bei noch bestehenden Nummerierungen der Hauseingang bei Eckgrundstücken an einer anderen als der bestimmungsmäßigen Straße liegt, an der Gebäudeecke der bestimmungsmäßigen Straße, die dem Hauseingang am nächsten liegt.

(6) Sind mehrere Gebäude, für die von der Stadt unterschiedliche Hausnummern vergeben werden, nur über einen gemeinschaftlichen Privatweg von der Straße aus zu erreichen, so ist von den an dem Privatweg anliegenden Grundstückseigentümern bzw. Erbbauberechtigten zusätzlich ein Hinweisschild mit Angabe der betreffenden Hausnummern an der Einmündung des Weges anzubringen. Gleiches gilt für Grundstücke, auf denen sich mehrere mit unterschiedlichen Hausnummern bezeichnete Gebäude befinden die nur über eine gemeinsame Zuwegung von der Straße aus zu erreichen sind.

(7) Wenn für ein Grundstück eine neue Hausnummer festgelegt wird, darf die alte Hausnummer während einer Übergangszeit von einem halben Jahr nicht entfernt werden. Die alte Nummer ist mit roter Farbe so zu durchkreuzen, dass sie noch zu lesen ist.

<p>§ 6 Hunde</p> <p>(1) In folgenden öffentlichen Anlagen (als Bestandteil der Verordnung beigefügte Karten a –h) dürfen Hunde nur an der Leine mitgeführt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Bürgerpark – vom Lessingplatz bis Friedrich-Kreiß-Weg – sowie Kreißberg b) Inselwallpark c) Löwenwall d) Prinz-Albrecht-Park ohne Franzsesches Feld/Nußberg e) Richmond-Park – Ostteil f) Museumspark g) Theaterpark h) Viewegs Garten <p>(2) Städtische Kinderspiel-, Jugend- und Bolzplätze sowie andere durch entsprechende Hinweisschilder (siehe die als Bestandteil dieser Verordnung beigefügte Anlage p) zum Spielen und Liegen ausgewiesene Flächen in öffentlichen Anlagen, der Schul- und Bürgergarten, die historischen Friedhöfe „St.-Petri-Friedhof“, „Ehemaliger Friedhof der St.-Martini-Gemeinde“, „St.-Ulrici-Brüdern-Friedhof“ und „St.-Nicolai-Friedhof“ sowie in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September die Liegewiesen und Sandbereiche im Heidbergpark (siehe die als Bestandteil dieser Verordnung beigefügten Anlagen Karten i und k-o) dürfen mit Hunden nicht betreten werden</p> <p>(3) Hundeführerinnen und Hundeführer sind verpflichtet, Verunreinigungen durch Hundekot auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen unverzüglich zu beseitigen, welche durch die von ihnen geführten Hunde verursacht wurden. Dies gilt insbesondere auch auf allen Wegen und Flächen, die vornehmlich den Fußgängern und/oder Radfahrern vorbehalten sind. Die Straßenreinigungspflicht der Anlieger wird dadurch nicht berührt.</p> <p>(4) Die Absätze 1 bis 3 finden keine Anwendung, soweit es sich um Assistenzhunde handelt.</p> <p>(5) Die Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über das Halten von Hunden (NHundG) sowie der Satzung über die Benutzung der städtischen Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsordnung) bleiben unberührt.</p>	<p>§ 6 Hunde</p> <p>(1) Hundeführerinnen und Hundeführer sind verpflichtet, Verunreinigungen durch Hundekot auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen unverzüglich zu beseitigen, welche durch die von ihnen geführten Hunde verursacht wurden. Dies gilt insbesondere auch auf allen Wegen und Flächen, die vornehmlich den Fußgängern und/oder Radfahrern vorbehalten sind. Die Straßenreinigungspflicht der Anlieger wird dadurch nicht berührt.</p> <p>(2) Die Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über das Halten von Hunden (NHundG) bleiben unberührt.</p>
---	--

<p>§ 7 Füttern von Tauben</p> <p>Das Füttern von wild lebenden Tauben ist im gesamten Stadtgebiet auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen verboten.</p>	<p>§ 7 Füttern von Tauben</p> <p>Das Füttern von wildlebenden Tauben ist im gesamten Stadtgebiet auf öffentlichen Straßen, in Park- und Grünanlagen und sonstigen Grünflächen verboten.</p>
<p>§ 8 Baden</p> <p>(1) Das Baden ist untersagt,</p> <ol style="list-style-type: none"> in der Oker, in den mit der Oker im Zusammenhang stehenden Gewässern, in den in öffentlichen Anlagen befindlichen Gewässern. <p>(2) Ausgenommen von diesem Verbot sind diejenigen Gewässer, die durch die Stadt Braunschweig freigegeben werden.</p>	<p>§ 8 (unverändert) Baden</p> <p>(1) Das Baden ist untersagt,</p> <ol style="list-style-type: none"> in der Oker, in den mit der Oker im Zusammenhang stehenden Gewässern. <p>(2) Ausgenommen von diesem Verbot sind diejenigen Gewässer, die durch die Stadt Braunschweig freigegeben werden.</p>
<p>§ 9 Zerstörung von Eisflächen</p> <p>(1) Die Eisdecke von Gewässern, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, darf nur zu Zwecken der ordnungsgemäßen Ausübung des Fischereirechts oder zur Sicherung der Löschwasserversorgung oder Eisrettung zerstört werden. Wer die Eisdecke in Ausübung dieser Rechte zerstört, ist verpflichtet, die Gefahrenstelle deutlich sichtbar zu kennzeichnen.</p> <p>(2) Die Feuerwehr darf auch zu Ausbildungs- und Übungszwecken Eisflächen zerstören. Die Verpflichtung gemäß Abs. 1 Satz 2 bleibt davon unberührt.</p>	<p>§ 9 (unverändert) Zerstörung von Eisflächen</p> <p>(1) Die Eisdecke von Gewässern, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, darf nur zu Zwecken der ordnungsgemäßen Ausübung des Fischereirechts oder zur Sicherung der Löschwasserversorgung oder Eisrettung zerstört werden. Wer die Eisdecke in Ausübung dieser Rechte zerstört, ist verpflichtet, die Gefahrenstelle deutlich sichtbar zu kennzeichnen.</p> <p>(2) Die Feuerwehr darf auch zu Ausbildungs- und Übungszwecken Eisflächen zerstören. Die Verpflichtung gemäß Abs. 1 Satz 2 bleibt davon unberührt.</p>
<p>§ 10 Schneeüberhänge und Eiszapfen</p> <p>Schneeüberhänge und Eiszapfen an Gebäuden, durch die Verkehrsteilnehmer auf öffentlichen Straßen oder in öffentlichen Anlagen gefährdet werden können, müssen unverzüglich durch den Eigentümer beseitigt werden.</p>	<p>§ 10 Schneeüberhänge und Eiszapfen</p> <p>Schneeüberhänge und Eiszapfen an Gebäuden, durch die Verkehrsteilnehmer auf öffentlichen Straßen, in Park- und Grünanlagen oder sonstigen Grünflächen gefährdet werden können, müssen unverzüglich durch den Eigentümer beseitigt werden.</p>
<p>§ 11 Herkulesstaude und Beifußblättriges Traubenkraut</p> <p>(1) Der Anbau, das Ansiedeln oder die Verbreitung der Herkulesstaude (<i>Heracleum mantegazzianum</i>) und des Beifußblättrigen Traubenkrauts (<i>Ambrosia artemisiifolia</i>) in der Land- und Forstwirtschaft, im Erwerbsgartenbau sowie in Gärten, Park- und Grünanlagen ist untersagt.</p>	<p>§ 11 (unverändert) Herkulesstaude und Beifußblättriges Traubenkraut</p> <p>(1) Der Anbau, das Ansiedeln oder die Verbreitung der Herkulesstaude (<i>Heracleum mantegazzianum</i>) und des Beifußblättrigen Traubenkrauts (<i>Ambrosia artemisiifolia</i>) in der Land- und Forstwirtschaft, im Erwerbsgartenbau sowie in Gärten, Park- und Grünanlagen ist untersagt.</p>

<p>(2) Die Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten von Grundstücken haben die Ausbreitung vorhandener Herkulesstauden und des Beifußblättrigen Traubenkrauts zu verhindern.</p> <p>(3) Die Stadt Braunschweig kann von dem Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten von Grundstücken verlangen, die vorhandenen Herkulesstauden oder das vorhandene Beifußblättrige Traubenkraut zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen.</p>	<p>(2) Die Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten von Grundstücken haben die Ausbreitung vorhandener Herkulesstauden und des Beifußblättrigen Traubenkrauts zu verhindern.</p> <p>(3) Die Stadt Braunschweig kann von dem Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten von Grundstücken verlangen, die vorhandenen Herkulesstauden oder das vorhandene Beifußblättrige Traubenkraut zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen.</p>
<p>§ 12 Ausnahmeerlaubnisse</p> <p>Ausnahmen von den Geboten und Verboten der §§ 2 - 11 können im Einzelfall von der Stadt Braunschweig zugelassen werden.</p>	<p>§ 12 Ausnahmeerlaubnisse (unverändert)</p> <p>Ausnahmen von den Geboten und Verboten der §§ 2 - 11 können im Einzelfall von der Stadt Braunschweig zugelassen werden.</p>
<p>§ 13 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 59 Abs. 1 Nds. SOG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. entgegen § 2 plakatiert oder Plakatanschlüsse veranlasst oder Gebäude, Denkmäler, Mauern, Einfriedungen, Tore, Straßen, Brücken, Bänke, Verteilerschränke, Brunnen, Bäume, Leitungsmasten, Abfall- u. Wertstoffbehälter, Fahrgastwartehäuschen, Blumenkästen, Spielgeräte, Hinweisschilder und dergleichen bemalt, beklebt, beschriftet, beschmiert oder besprüht, 2. entgegen § 3 Abs. 1 in öffentlichen Anlagen Kraftfahrzeuge, Wohnwagen und Anhänger abstellt, reinigt oder repariert oder mit Kraftfahrzeugen fährt, zeltet oder offenes Feuer entzündet oder unterhält, 3. entgegen § 3 Abs. 2 bei langanhaltender Trockenheit in Park- und Grünanlagen grillt, nicht ausschließlich Gas oder Grillkohle in feuerfesten Grillgeräten verwendet oder Grillkohle und den übrigen Abfall nicht ordnungsgemäß entsorgt, 	<p>§ 13 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 59 Abs. 1 NPOG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. entgegen § 2 plakatiert oder Plakatanschlüsse veranlasst oder Gebäude, Denkmäler, Mauern, Einfriedungen, Tore, Straßen, Brücken, Bänke, Verteilerschränke, Brunnen, Bäume, Leitungsmasten, Abfall- u. Wertstoffbehälter, Fahrgastwartehäuschen, Blumenkästen, Spielgeräte, Hinweisschilder und dergleichen bemalt, beklebt, beschriftet, beschmiert oder besprüht, 2. entgegen § 3 auf sonstigen Grünflächen Kraftfahrzeuge, Wohnwagen und Anhänger abstellt, reinigt oder repariert oder mit Kraftfahrzeugen fährt, zeltet oder offenes Feuer entzündet oder unterhält,

4. entgegen § 3 Abs. 3 auf städtischen Kinderspiel-, Jugend- oder Bolzplätzen raucht oder dort oder auf den in § 3 Abs. 3 genannten historischen Friedhöfen alkoholische Getränke konsumiert,

5. entgegen § 5 Hausnummern nicht wie in den Abs. 1 – 8 vorgeschrieben anbringt,

6. entgegen § 6 in den unter a – h) aufgezählten Anlagen Hunde nicht an der Leine führt oder städtische Kinderspiel-, Jugend- oder Bolzplätze sowie durch entsprechende Kennzeichnung ausgewiesene Flächen zum Spielen und Liegen in öffentlichen Anlagen, den Schul- und Bürgergarten, die historischen Friedhöfe „St.-Petri-Friedhof“, „Ehemaliger Friedhof der St.-Martini-Gemeinde“, „St.-Ulrici-Brüdern-Friedhof“, „St.-Nicolai-Friedhof“ oder die Liegewiesen und Sandbereiche im Heidbergpark in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September mit Hunden betritt oder die von mitgeführten Hunden verursachte Kotverunreinigung auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen nicht unverzüglich beseitigt,

7. entgegen § 7 wild lebende Tauben auf öffentlichen Straßen oder in öffentlichen Anlagen füttert,

8. entgegen § 8 in der Oker, in den mit der Oker im Zusammenhang stehenden Gewässern oder in den in öffentlichen Anlagen befindlichen Gewässern, die nicht von der Stadt Braunschweig zum Baden freigegeben sind, badet,

9. entgegen § 9 die Eisdecke von Gewässern, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, außer in den dort genannten Fällen zerstört oder es nach Zerstörung der Eisdecke versäumt, die Gefahrenstelle deutlich sichtbar zu kennzeichnen,

10. entgegen § 10 es als Eigentümer des Gebäudes versäumt unverzüglich Schneeüberhänge oder Eiszapfen, durch die Verkehrsteilnehmer auf der Straße oder in öffentlichen Anlagen gefährdet werden können, zu beseitigen,

3. entgegen § 5 Hausnummern nicht wie in den Abs. 1 – 7 vorgeschrieben anbringt,

4. entgegen § 6 die von mitgeführten Hunden verursachte Kotverunreinigung auf öffentlichen Straßen und sonstigen Grünflächen nicht unverzüglich beseitigt,

5. entgegen § 7 wildlebende Tauben auf öffentlichen Straßen, in Park- und Grünanlagen oder in sonstigen Grünflächen füttert,

6. entgegen § 8 in der Oker oder in den mit der Oker im Zusammenhang stehenden Gewässern, die nicht von der Stadt Braunschweig zum Baden freigegeben sind, badet,

7. entgegen § 9 die Eisdecke von Gewässern, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, außer in den dort genannten Fällen zerstört oder es nach Zerstörung der Eisdecke versäumt, die Gefahrenstelle deutlich sichtbar zu kennzeichnen,

8. entgegen § 10 es als Eigentümer des Gebäudes versäumt unverzüglich Schneeüberhänge oder Eiszapfen, durch die Verkehrsteilnehmer auf der Straße, in Park- und Grünanlagen oder in sonstigen Grünflächen gefährdet werden können zu beseitigen,

<p>11. entgegen § 11 die Herkulesstaude oder das Beifußblättrige Traubenkraut anbaut, ansiedelt, verbreitet, deren Ausbreitung nicht verhindert oder einer entsprechenden Verfügung der Stadt Braunschweig, diese Pflanzen zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen, nicht nachkommt.</p> <p>(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 3 Abs. 1 NLärmSchG handelt, wer entgegen § 4 während der Ruhezeiten nach § 4 Absatz 1, die in den Absätzen 2 und 3 aufgezählten Arbeiten im Freien verrichtet ohne dazu berechtigt zu sein. Die vorrangigen Regelungen der 32. BImSchV bleiben hiervon unberührt.</p> <p>(3) Die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 können gemäß § 59 Abs. 2 Nds. SOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.</p> <p>(4) Die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 2 können gemäß § 3 Abs. 2 NLärmSchG mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.</p>	<p>9. entgegen §11 die Herkulesstaude oder das Beifußblättrige Traubenkraut anbaut, ansiedelt, verbreitet, deren Ausbreitung nicht verhindert oder einer Entsprechenden Verfügung der Stadt Braunschweig, diese Pflanzen zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen, nicht nachkommt.</p> <p>(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 3 Abs. 1 NLärmSchG handelt, wer entgegen § 3 während der Ruhezeiten nach § 4 Absatz 1, die in den Absätzen 2 und 3 aufgezählten Arbeiten im Freien verrichtet ohne dazu berechtigt zu sein. Die vorrangigen Regelungen der 32. BImSchV bleiben hiervon unberührt.</p> <p>(3) Die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 können gemäß § 59 Abs. 2 NPOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.</p> <p>(4) Die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 2 können gemäß § 3 Abs. 2 NLärmSchG mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.</p>
<p>§ 14 Inkrafttreten</p> <p>Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig in Kraft. Die Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Braunschweig vom 25. Februar 2003 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 5 vom 14. März 2003 S. 29) tritt gleichzeitig außer Kraft.</p>	<p>§ 14 Inkrafttreten</p> <p>Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig in Kraft. Die Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Braunschweig vom 20. Juni 2017 in der Fassung der Ersten Änderungsverordnung vom 6. Februar 2018 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 5 vom 6. Februar 2018 S. 15) tritt gleichzeitig außer Kraft.</p>
<p>§ 15 Geltungsdauer</p> <p>Diese Verordnung tritt 20 Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.</p> <p>Braunschweig, den 20. Juni 2017</p>	<p>§ 15 Geltungsdauer</p> <p>Diese Verordnung tritt 10 Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.</p> <p>Braunschweig, den ... [Zeitpunkt der Unterzeichnung]</p>
<p>Stadt Braunschweig i. V. Ruppert Stadtrat</p>	<p>Stadt Braunschweig i. V. Dr. Pollmann Stadtrat</p>

Betreff:

Zukunft der Berufsfeuerwehr

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2024

Beratungsfolge:

Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung (zur
Beantwortung)

24.04.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Bereits seit einigen Jahren stehen die Berufsfeuerwehren vor der Problematik, dass etliche Kolleginnen und Kollegen das Beamtenverhältnis verlassen und zu privaten Arbeitgebern, meist einer Werksfeuerwehr, wechseln.

Neben finanziellen Aspekten bietet ein solcher Wechsel in der Regel auch eine Entlastung von der sehr hohen Arbeitsbelastung im Rettungsdienst. Insbesondere bei den Notfallsanitätern scheint es eine große Wechselbewegung zu geben, welche die Belastung bei den verbliebenen Kollegen dann weiter erhöht.

Seitens der Berufsfeuerwehr Braunschweig wurde bereits durch verschiedene Maßnahmen, wie dem „Zwei-Rucksack-System“ oder der Beschaffung elektrohydraulischer Fahrtragen gegengesteuert, eine weitere Verbesserung der Situation ist aber erforderlich.

Neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen muss auch sichergestellt werden, dass es insbesondere bei einem hohen Krankenstand nicht dazu kommt, dass Feuerwehrfahrzeuge aufgrund von Personalmangel nicht einsatzbereit sind.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie möchte man diesem Abwanderungstrend entgegenwirken und die Kolleginnen und Kollegen motivieren, bei der Berufsfeuerwehr Braunschweig zu bleiben?
2. Wie möchte man wieder mehr junge Menschen motivieren, sich für den Beruf Feuerwehrmann/Feuerwehrrfrau zu begeistern, und erreichen, dass mehr Notfallsanitäter*innen ausgebildet werden, um so die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen und die Belastung auf weiteren Schultern zu verteilen?
3. Wie viele Einsatzfahrten im Rettungs- und Brandschutzbereich mussten im Jahr 2023 durch Personalausfall eingeschränkt durchgeführt werden, z.B. unterbesetzt oder mit einer Zeitverzögerung, da das Einsatzfahrzeug nicht zur Verfügung stand?

Anlagen:

keine

Betreff:

Aktueller Sachstand Bevölkerungsschutz

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.04.2024

Beratungsfolge:

Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung (zur
Beantwortung)

24.04.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung (AFKO) in dieser Ratsperiode bildet zweifelsohne der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Dies spiegelt sich bereits im neuen Namen des vormaligen Feuerwehrausschusses wider. Und nicht zuletzt der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat verdeutlicht, dass – wie Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius zu mehreren Gelegenheiten festgestellt hat – die Friedensdividende von 1990 aufgebraucht ist und wir einen großen Aufholbedarf haben.

So hat die Verwaltung mit mehreren umfangreichen schriftlichen Mitteilungen (u.a. DS.-Nr. 22-18576 und DS.-Nr. 23-20752) dargestellt, in welchen Themenfeldern sie die größten Herausforderungen für die nächsten Jahre sieht und welches Arbeitsprogramm sie sich dabei selbst setzt. Und auch die Politik hat durch zahlreiche Anfragen und Initiativen eine Schwerpunktsetzung vorgenommen. Als CDU-Fraktion haben wir nicht nur den Aufbau eines flächendeckenden Sirensystems beantragt (vgl. DS.-Nr. 20-14324), sondern auch regelmäßig nach dessen aktuellen Umsetzungsstand gefragt (zuletzt in der AFKO-Sitzung am 23. August des vergangenen Jahres mit der DS.-Nr. 23-21849). Darüber hinaus waren auch der Sonderplan „Stromausfall“ und damit die sogenannten Bevölkerungsschutzleuchttürme mehrfach Thema im AFKO, in den Stadtbezirksräten und natürlich in der Öffentlichkeit.

In den zurückliegenden Wochen hat auch die Frage nach der Reaktivierung beziehungsweise dem Neubau von Schutzräumen eine höhere (mediale) Aufmerksamkeit erhalten. Denn der neue Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes André Berghegger forderte unlängst bessere Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung. Zu diesem Thema hatte die Verwaltung zuletzt in der bereits genannten Mitteilung 22-18576 aus der Sitzung vom 27. April 2022 knapp ausgeführt, dass das Bundesinnenministerium angekündigt habe, dass der 2007 eingeleitete Rückbau von Schutzräumen gestoppt werde und zu prüfen sei, ob bestimmte Anlagen erneut für die Zwecke des Zivilschutzes ertüchtigt werden könnten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zum Aufbau eines flächendeckenden Sirenen-Warnsystems?
2. Wie ist der aktuelle Sachstand zum Sonderplan Stromausfall?
3. Wie ist der aktuelle Sachstand zum Erhalt und Ausbau von Schutzräumen?

Anlagen: keine

Betreff:

Wie sicher ist die Löschwasserversorgung in Braunschweig?

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.02.2024

Beratungsfolge:

Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung (zur
Beantwortung)

24.04.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig wird von unterschiedlichen Wasserversorgern beliefert, eine Quelle für Trinkwasser ist der Harz. Die Feuerwehren nutzen als Löschwasser eben dieses Trinkwasser aus dem Wassernetz Braunschweig. Gerade sind die Talsperren voll, aber wir kennen auch andere Zeiten mit niedrigem Grundwasserspiegel und nahezu leeren Talsperren. Unabhängig davon kann die Löschwasserversorgung auch von anderen Faktoren gestört werden.

Darum fragt die FDP-Ratsfraktion die Verwaltung:

1. Ist die Löschwasserversorgung auch in Trockenperioden weiterhin gesichert?
2. Ist das Wassernetz (auch in den Randgebieten der Stadt Braunschweig, wo BS Energy nicht selbst zuständig ist) stabil genug für eine sichere Löschwasserversorgung?
3. Wie wird sichergestellt, dass auch die Hydranten in der Stadt in einem betriebsbereiten, guten Zustand sind?

Anlagen:

keine